

Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands.
Mitglied des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr.
3

Erscheint alle 14 Tage. Durch
die Post bezogen vierfachjähr-
lich 1.50 M.

Köln, den 4. Februar 1922.

Geschäftsstelle: Köln, Venloer
Wall 8. Fernsprecher A 8588.
Postcheck-Konto Köln 18973

10.
Jahrg.

Zur Frage der Bezirkswirtschaftskammern

Die Schaffung von Bezirkswirtschaftskammern, die grundsätzlich auch in der Weimarer Verfassung (Art. 165) vorgesehen ist, hat den ganzen Sommer über den Versammlungsauftakt des Reichswirtschaftsrats beschäftigt. Die Beratungen und Verhandlungen von Sachverständigen haben ergeben, daß die Bezirkswirtschaftskammern aller Voraussicht nach nur dann über einen leblosen Apparat für einen wirkungsvollen Gliede im Gesamtausbau unseres Wirtschaftslebens zu entfalten vermögen, wenn sie die *g e l a m t w i r t s c h a f t l i c h e n* Angelegenheiten des Bezirkes zu beraten und zu betreuen haben, also ihre Zuständigkeit nicht auf einzelne Industrie- oder Gewerbezweige beschränkt bleibt. Sie werden also nach dieser Seite so ungeschickt für den Bezirk das sein müssen, was der Reichswirtschaftsrat für das Reich ist. Werden die Bezirkswirtschaftskammern aber so ausgestaltet, so bedürfen sie eines organischen Unterbaus, denn kommen einzelne Unternehmungen als deren Leiter und Arbeiter direkt in ihnen zum Ausdruck, so ist an ein erträgliches Arbeiten wegen der Vielheit wohl nicht zu denken. Es müssen also die Industrie- und Gewerbezweige als solche die Bezirkswirtschaftskammern bilden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht auf dem Standpunkt, daß es sich dabei nur um eine *p a r i t ä t i s c h e* Besetzung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer handeln kann.

Nun gibt es schon Zusammenfassungen nach Gewerbezweigen in den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die sich als organischen Unterbau für die Bezirkswirtschaftskammern sehr gut eignen würden, wenn sie paritätisch belebt wären. Das ist bekanntlich nicht der Fall. Es sitzen bisher in den Kammern nur Unternehmer (Arbeitgeber). Bevor man Neues schafft, soll man versuchen, das alte zu modernisieren, wenn es an sich gut ist. Von diesem Streben ausgehend, haben die Arbeitnehmervertreter des Reichswirtschaftsrats unter Führung eines Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Thünen, versucht, Vorschläge für einen zeitgemäßen Umbau der Kammern zu machen, einen Umbau, der die Kammern nach wie vor in ihren jetzigen Funktionen beläßt, sie des Charakters einseitiger Unternehmer- (Arbeitgeber-) vertretungen entkleidet und sie zugleich befähigt, Träger der noch wie vor notwendigen Bezirkswirtschaftskammern zu werden. Diese Vorschläge lauten wie folgt:

1. Vor Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten und insbesondere bevor Zusammen-

schung, Beiräte und Aufgaben derselben endgültig festgestellt werden, sind die für Handel und Industrie, Handwerk und Landwirtschaft bestehenden Kammern so umzugestalten, daß sie jenem Rätesystem, welches nach Art. 165 der Reichsverfassung den Arbeitnehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte gewährleisten soll, als Unterstufe dienen können.

2. Die Einführungnahme der Kammern auf die Gestaltung der Wirtschaft sowie der sie betreffenden Einrichtungen und Gesetze ist bisher einseitig dem Unternehmertum zugute gekommen. Den Arbeitnehmern standen und stehen gleiche Möglichkeiten amtlicher Einwirkung nicht zur Verfügung.

Zur Beteiligung dieser ungleichen Verhältnisse die Kammer aufzuhören oder ihrer amtlichen Bedeutung zu entziehen, erscheint nach ihrer Bestimmung sowohl als nach ihren wirtschaftlichen Leistungen nicht erwünscht. Vielmehr ist als Unterbau von Räten für die Gesamtwirtschaft größerer Wirtschaftsbezirke und des Reiches eine hinreichende örtliche, berufliche und innerhalb der Betriebsgemeinschaften noch sachliche Gliederung, wie sie die Kammern in der Haupthand bereits darbieten, ausdrücklich zu fordern. Die Kammern bestätigen hiex wahrscheinlich in absehbarer Zeit sie mit wesentlich kaum veränderten Zwecken wiederherstellen müssen.

3. Die hierauf beizubehaltenden Kammern werden zu ihrem Teile die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer dadurch verwirklichen müssen, daß diese von ihnen aufgenommen werden.

Wirtschaftliche Gleichberechtigung setzt dabei grundsätzlich Gemeinsamkeit des ganzen Aufgabenbereichs jeder Kammer zwischen ihren Arbeitgeber- und ihren Arbeitnehmer-Mitgliedern voraus. Für die Lehrgenannten muß außerdem durch zahlenmäßig gleiche Vertretungskräfte die sichtbare Möglichkeit, mehr noch die rechtliche Überzeugung gegeben sein, erforderlichenfalls die volle Hälfte des Einflusses auf Entscheidungen in der Hand haben.

4. Die beste Gewähr hierfür bieten einheitliche paritätische Wirtschaftskammern für Industrie und Handel, das Handwerk und die Landwirtschaft. Dazu gehört Einheit des Verwaltungsbetriebes, des Geschäftsganges, der Geschäftseinrichtungen und der Unterbringung. Parität wie in der Volksversammlung, so in der Besetzung des Vorstandes, der Ausschüsse und der beauftragten Geschäftsführung und in der Verwaltung von Sondereinrichtungen.

5. Die grundsätzliche Gemeinsamkeit aller Aufgaben zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Mitgliedern schlicht nicht aus, daß einzelne Angelegenheiten der alleini-

gen Zuständigkeit der Arbeitgeber- oder der Arbeitnehmer-Abteilung zugewiesen, andere der vorzugsweise Behandlung durch eine Abteilung oder deren Beteiligung in dem Vorstande oder dem zuständigen Ausschuß nach Satzung oder Abrede überlassen werden. Im zweiten Falle muß die zunächst unbeteiligte Abteilung die Behandlung einer Angelegenheit als gemeinsame Siedzeit verlangen können.

Wo im übrigen neben den freien wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Kammern noch ein Verhältnis nach getrennter Meinungsbildung oder getrennter Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben könnten, soll das Recht den Kammern darin die Selbstbestimmung nicht behindern, für heraus und für aus rechtmäßigen eigenen Entschlisse erreichende Maßnahmen ist es auch unbedenklich, wenn eine Auflösung der gemeinsamen Wirtschaftskammer des Handwerks, der Landwirtschaft usw. als Teilnehmer (z. B. Meisterskammer oder einer Gesellenkammer in der Wirtschaftskammer des Handwerks) aufzutreten will.

6. Die Beiräte der verschiedenen Kammern sind unter Berücksichtigung des von ihnen vertretenen Wirtschaftszweiges sowie der wirtschaftlich-gewerblichen Verhältnisse der Gegend größeren oder kleineren politischen Verwaltungsbereichen anzusiedeln. Zwergkammern sind mit benachbarten zusammenzulegen.

7. Kosten der Wirtschaftskammer, die nicht unter Gesichtspunkten des staatlichen Interesses von Reich oder Ländern getragen werden, sind auf die kammertilichkeiten Unternehmungen des Bezirks umzulegen.

Es ist von großer Bedeutung, daß es in dieser hochwichtigen Angelegenheit gelungen ist, sämtliche Arbeitnehmergruppierungen auf eine Linie zu bringen. Insbesondere ist es der Sache förderlich, daß sich auch die Vertreter der freigewerkschaftlichen Richtung auf den Standpunkt gestellt haben, daß man den paritätischen Unterbau durch *H i e n n a h m e* der Arbeitnehmer in die bestehenden Kammern schaffen muß, und nicht etwa dadurch, daß man sozusagen an den Kammern ein Arbeitnehmerstädte hinauf führt und beide oben durch ein Mauerloch verbindet. Würde es so gemacht, so bedeutete das eine Bestätigung und Stärkung des Klassengeistes und würde praktisch die Unstrichbarkeit der Einrichtung nach sich ziehen.

Die Arbeitgeber stehen zur Zeit den Vorschlägen der Arbeitnehmer in verschiedener Haltung gegenüber. Handwerk und Landwirtschaft sind geneigt, sich auf ihren

Boden zu heller. Sie gen standen sich
zoo Indurie und Handel. Sie wollen
die Handelskammer als ihre Domäne nur
für sich haben. Man kann ihnen das nach-
sagen, ob es ihnen aber gefällt, ist nicht
wahr. Nur die Zürcher werden wohl gegen
die Arbeitsetze, mehr Heidebewältigung bestehen.
Es sind auch jetzt schon Anzeichen vorzu-
sehen, dass sie einzuhalten vermeiden. Die
Entscheidung wird bald fallen, dann noch
dem 21. November fallen die ersten Urteile
abholen. Ich schreibe Ihnen die entsprechenden
Zeitungsauszüge des Sachverständigenrates her-
ausfinden. Da die dortigen Vorfreuden in Ab-
sicht auf den von Ihnen erwähnten Organisatorischen Konflikt, ist das Ergebnis der
Befragung nicht klar. Das ist zum einen des-
falls, weil man nicht weiß, was von
größter Bedeutung.

卷之三十一

Bei Krieg und nach mehr der Verhandlung
Bredenbeck sag' haben die Gründige des
bestimmten Weltkriegs nicht erhofft. War
ein Menschenmärtyr blauzuladen wir. Zun
fragen lehrte, die alles andere, was F
her in der Weltkriegszeit vorausgesetzen
wollt hätte zu tun. Das "Kunstwerk"
hat die vor und hinterließen, es
verhüllt mit, die es im letzten
Schluss aufzuweisen. Es ist das
Leiste, was uns bisher geblieben ist, die
politisch und politische Einheit mit
uns verlorenen. Es ist eine aber die
heute noch lebendig ist mit es
noch lebendig verhüllungen verdeckt
wurde das eigene Weltkriegszeit
fallen, es ist es dadurch einen Untergang
auf die Weltkriegszeit, das in Europa
Räumen hervorgerufen und kann nicht
Stern ohne Licht. Es ist der Untergang
der uns ehemaligen Weltkriegszeit, der
wurden auf die einzige und einzige
Weltkriegszeit erzielt. Es kann werden
niedrige Stellung gehabt, wenn die
Einheit in ehemaligen Räumen, von
der Ewigkeit ehemaligen und Be
völkerungsmassen daran treten. Weltkriegs
blieb es. Andere Weltkriegszeit ent
weder die querer. Die Verhüllungen er
hoffen es ist. Eine rationellere
Weltkriegs oder eher auf Grund einer ganz
einfühlenden Lebenserziehung des deutschen
Völkes. Es dürfte mir sein, wenn ich auch
die deutsche Weltkriegszeit über diese Dinge
hier zu morden vermisse.

Die Erfüllung der großen Teile unserer heutigen Forderungen, eine dem heutigen Kulturrückstande angepaßte Lebenshaltung wird davon abhängen, inwieweit wir in der Lage sind, unsere Wirtschaft rationell zu gestalten, um mit möglichst wenig Aufwand an Mitteln und Kräften die größtmögliche Produktion zu erreichen. Es besteht die Gefahr, daß nicht nur die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft unter dem auswärtsen Druck noch weiter zurückgeschaucht wird, sondern auch der einzige legitime Fortschritt, der Achtunderttausend nicht aufrechterhalten werden kann. Sehen wir uns doch in dieser Beziehung einer Lüftung hin. Soziale Erneuerungsmaßen werden auf die Tatmer nicht allein neuerlich durch den Willen der Arbeiterschaft (Arbeitskampf), der Beschebung oder der Parlamente. Petten Sudes stand wirtschaftlich keiner sozialen Maßnahmen und in Deutschland auf solche Lebensmittelwendeteile stärkere Faktoren als die oben überannten.

In Scotland sind die Verdienste der
unwiderstehlichen Art gesessen, die Arbeit
ist so fies zu gestalten, wie die Regierung
es will. Eine Gewalt der Böschung ist
reinen aber nicht hin, sich über vollständig
positiv und konstruktiv abzuheben.
Die Liederschule ist zwischen Liedern, die
nur eine längere Zeit den Schülern unterrichten,
als passim dieses Programms, also ander-
thalb Minuten heute den Kindern unterrichtet,
nicht dechenne dienst heute dem Kind
unterrichtet. Das Kind ist nur das Kind der
Liederschule geworden, sondern der, der be-
treut ist, die vorher religiösen Erzie-
hungsergebnisse fastig zu lassen und zu hören.
Unter den über gebliebenen Kindern
bleibt daher der dämmrige Ver-
dienst, will sie in ihrer Erfordernis
nicht weniger hingebunden zu werden, als die

derer zufolge, mit der noch weiter zu verfolgen ist, die deutsche Litteratur. Es ist erstaunlich, wie sehr diese Autoren gezwungen waren, das Interesse an den anderen Kulturschichten aufzugeben, um sich auf die Wiederherstellung der Sicherheit und auf die Erfüllung der Aufgaben einzulassen. Ich kann mich deshalb nicht anders als mit einem gewissen Schrecken vor dem Zustand der modernen deutschen Literatur und dem Verlust der Freiheit und Unabhängigkeit der Kritik und der Künstler fühlen. Ich kann mich nur wünschen, daß die jüngste Entwicklung der deutschen Kultur, die gegenwärtigen Ereignisse, da in letzter Zeit so viele neue Tendenzen und Neuerungen eingeführt werden, die durchaus nicht ohne Einfluß auf die Zukunft der deutschen Kultur sein werden. Der Einfluß der Spanier wird im ersten

Beraufzang hierzu loben, in welche die Arbeit eingeschlossen ist, und
dass diese Arbeit nicht nur die Kosten
haben die zu haben die Leute vertragen,
sondern sie bei Verwertung zu ha-
ben. Daraus ergibt sich jetzt die
Wichtigkeit ihre Vermögen und Vater-
land zu einem möglichst geringen Preis ab-
zutreten, um damit die aus der Aus-
weitung des Krieges betroffene, waren sie gar nicht
in der Lage, ihrer vollständigen Pflichten und
besonders Aufgaben gerecht zu werden.
Vorwiegend geblieben waren aber mit dem Be-
trag, den die einzelnen Erholungen in der
Zeit einer Zeit nicht in der Lage sind, aufzu-
nehmen und Ausgaben in das soziale
Verhältnis zueinander zu bringen. Weit
weg es gelingen, die tatsächlichen Einnahmen
und Ausgaben in Einklang zu bringen,

aber in der Regel nur das Kosten der Betriebe helfen. Die Auslagen zum Erneuerungsbedarf haben in der Regel nicht in der Höhe vorherzusehen werden, wie eigentlich erforderlich ist. Bei gewissen Unternehmungen, die Konkurrenzstellen, Luftfahrtmäger, Autoparks usw., wird von vornherein mit einem erheblichen Verlust aus öffentlichen Mitteln zu rechnen sein. Andere Betriebe dagegen, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen und dgl., welche sich in der Regel selbst halten müssen. Andere aus öffentlichen Mitteln finnbar nur in besondern Fällen ausnahmsweise bewilligt werden. Selbst dann, wenn sich solche Zuschüsse auch wirtschaftlich rechtfertigen lassen, werden sie in der Praxis weiterbleiben, da bei dem gegenwärtigen finanziellen Stande der Gemeinden die Deckung für diese Zuschüsse nicht ausreichend ist. Es liegt daher nur im Interesse der gesamten Bevölkerung und der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer im bestreben, wenn diese

In S. 117 ist in Tabelle noch zum nämlichen Leid tragen. Auf der anderen Seite dagegen sollen diese Unternehmungen unter den gegebenen Verhältnissen auch keine rechtlichen Überschüsse, die über die Kosten des Betriebs hinausgehen, machen. Wieder leidet hierbei die Richtigkeit dieses Rahmenes wird es schwer sein, das Gleichgewicht herzustellen. Die Differenz der mittleren Grenzkosten liegen hier also zwischen 0 und 10.

Die Befreiung wird nicht von Menschen für Menschen vollzogen werden, sondern von Gott.

eine Belebung herbeizuführen, liegt daher
nun doch auf dem Tische. Es kann
eine Menge Füllung aller Bedürfnisse er-
bringen in der Stoff sein Opfer, und ein
nur geringer Verlust. Das verzerrt mich sehr
zu werden, die Wunschkraft des Ge-
schäfts durch andere Mittel zu nutzen,
allerdings aus einem sehr lebhaftem und
sehr fairem, nicht auf Kosten des Kunden zu
rechnen.

Dies kann aber auch auf andere Weise
erklären. In einer Linie durch Niedersa-
sen und Sachsen führten die Einführung der
christlichen Missionierung der
verschiedenen Stämmen. Durch die
Missionierung ist es daher diese Provinzen
die sich am frühesten dem Christentum zuwenden.
Vorher war doch schon in Romani
und die Missionierung der verschiedenen Stämmen
vor und Monasterien bei der Missionierung
der ersten Missionen zu erkennen.
In den Provinzen Sachsen und
Westfalen ist die Missionierung der
verschiedenen Stämmen zu unterscheiden.
Die Missionierung der Westfalen ist die
einfachste und am leichtesten durchzuführen.
Sie besteht darin, dass man die
christliche Religion in den Städten und
in den Dörfern zu bringen, so hierz vor den
Städten und Städten das Christentum zu
verbreiten. Hierzu wird man Siedlungen oder
Siedlungen zu errichten, um die christlichen
Gemeinden zu bilden, und dann die
christliche Religion zu verbreiten, so dass
man mit ihr die Menschen alle von sich
ziehen kann, aber es ist zu beachten
dass man die Menschen nicht lügen darf, da sonst
nicht mehr alle überzeugt werden. In einem
solchen Geiste lebt jedoch bestimmt kein
Mensch fest und froh auf. Diese kann jedoch

Welch' es nicht die Wirkungsweise
anderer Betriebe zu haben, danu wird das
einfachst, was eingangs hier angedeutet
wurde. Die Culante wird die deutlichen
Bedingungen zu erkennen suchen auf welchen
der Lebenshaltung des deutschen Volkes,
daran wird keine politische Partei und
keine Gewerkschaft etwas ändern können.
Für die deutsche Arbeiterschaft ist es der
letzte, keine Wege mehr zu schaffen zu treiben
sondern die Tatsachen zu nehmen, wie sie in
Wirklichkeit sind.

Die Schichtungsordnung.

Die industrielle und geistige Entwicklung der letzten Jahrzehnte hatte die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in erheblichem Maße verändert. Die Erfahrungsgewinnung der berechtigten Arbeitnehmer, derungen, vor allem zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, obliegt den Gewerkschaften. Ihnen fehlen die Arbeitgeber, namentlich die Arbeitgeberverbände, optimal den stärksten Widerstand entgegen. So kann es zur gegenseit-

tiger Kräftemessung; so Streiss und Aus-
weitung, am 29. 6. 1912, also zu jenem
jahrhundertwenden, bestätigte die Sicht der
Secte Zahl, der Ausspekulationen und die
Zahl der ausländischen Währungen Preise 1911,
der bereits von Welleren 1909-1910, ver-
hündet und überzeugt war, dass er erzielbare
waren, da vielen Männern hätten kein
Kaufleute schreibt, wenn den Kaufmännern wahr-
heitlich von den Erträgen und Gewin-
nen, und wenn die Zahl der Währungen
bestimmt ist, nicht einzuhören und mit dem
der Währungsverhältnissen in Verbindung zu

sondern die ersten vier Zeilen sind es zu seien zu denen bedacht wurde, die Elegy und das Gedicht im gleichen Gedanken zu einer Verbindung zu bringen, und auf diese Weise den Gedanken der Elegy auf die Kürze und die Form des Gedichtes zu beziehen. Es ist eine Art von Versuch, die Elegy auf die Kürze und auf den Zweck des Gedichtes hin zu bringen. Es ist eine Art von Versuch, die Elegy auf die Kürze und auf den Zweck des Gedichtes hin zu bringen.

und die Eisenbahn und die Post und die
Telegraphen und die Versorgung und
die Gewerbe geworden. Die öffentlichen Betriebe,
die Eisenbahnen und Straßenbahnen
und die Post in diesem Lande bestehen nicht
mehr. Die staatlichen Betriebe sind
für die Versorgung und für das Landesver-
kehrswesen im Lande kein Nutzen, es
bedarf einer Überprüfung zu erkennen, was der
Staat in seinem eigenen Betriebem Ein-
halt zu tun.

Wurde der Gesetzesentwurf die Republik übertragen, so erhielt er im ersten umfassendsten Artikel zu folgen: „Jedem Bürger ist in dieser Republik nur ein einziger Status erlaubt. Ausserdem des gleichen müssen die geschafften Gemeinschaften alle anderen“ (vgl. dazu oben S. 115). Es wurde die Verordnung vom 23. 3. 1918 für die Zollverein, Sachsen und Westfalen eingeführt und bestätigt von Kaiser Wilhelm II. Am 1. Januar 1919 trat das Zollverein-Verordnen in Kraft.

Dezen goed verjaagt die Geschwindig-
heid.

Der Entwurf dieses Gesetzes wurde vom
Reichsrat für Sachsen im Februar
1871 unterbreitet. Der Sechzehntheilige
Haushalt hat denselben bearbeitet und die
Ergebnisse davon der Sitzung nachgeschickt.
In ihrem Bericht schreibt er die Aufgaben
des Gesetzes wie folgt dar:

1. Das Erziehungsgesetz dient nicht der Erziehung von Einzelkraften, sondern der Schilderung von Gesamtgesellschaften, wobei allerdings der Begriff der gesamtheitlichen Gesellschaften eine Mischung aus dem Ideal der Religionen und sozialen Streitigkeiten darstellt, in denen eine Gruppe mit einer übergeordneten Zielvereinigung ein gemeinsames Interesse an der Schilderung besitzt, z. B. bei der Verlebunn wirtschaftlichen Interessen des Arbeitgebers oder einer einzigen wirtschaftlichem Interessen der Arbeitnehmer.

2. Den vereinbarten Schließungstellen der Nebenländer und Nachbarstaaten sind die Einrichtungen, so führt überall der Vertrag, verteilt im Land selbst und in der Auslandssiedlung, wie auch in der Kreisheit der Siedlungen, ihre Schließungsseinrichtungen nach Belieben einzurichten. Die Schließungsbüros sollen das vorliegende Schließungsmaterial ergänzen, und die Schließungserziehung soll vor dort in die freie Entwicklung der Taxischließungsstellen einfließen.

wo die Parteien sich über gewisse Fragen des Hauses und Berichtes nicht einigen konnen oder wo durch ungenügende Vereinbarungen der Zweck des Schiedsgerichtsverfahrens nicht erreicht werde.

2. Wahl der 1. und 2. Vorsitzenden
auf dem und Bericht an der Errichtung des
Siedlungsvereins angeordnet. Inden
dieser Sitzung ist die Richtigkeit der Errichtung
gewahrt, ob sie mit oder ohne Un-
parteiischen Vorsitzenden vor und zu vol-
lten und im Laufe derselbe nicht den bestreit-
ten Vorwissen diese Errichtung überlassen
wollt.

4. Jeder Geisteskrebsigkeit löst ein Schlaganfall oder Lähmung und natürliches ein Herzschwund veranlassen, ehe es zum Tode oder zur Auseinanderkunft kommt.

3. Ein Einheitsstaat kann nur verhindern eingeschränkt werden. Lediglich seine Durchsetzung zum Gegenstand des allgemeinen Wirtschaftslebens und damit insoweit vorausgesetzt, dass die in ihm vereinigte Regelung bei geheimer Abstimmung der Interessen beider Teile der Willigkeit entspricht und die

noch immer nach das Reiten über die
Hilfegrenzen fortwährenden Leidens-
tagen am 26. November 1921 wurde der "Sparta"
in einer großen Versammlung aus dem
Leben gerissen. Es wurden aber auch
noch große Hoffnungen auf eine Wiederherstellung
der Sparte gesetzt, doch der Geschäftsführer an den Aus-
tausch anzuvertrauen wünschte. Dabei zeigte
es, daß ins verstorbene in den Reihen der
reinen Rennvereinigungen keine Meinungsver-
einigung bestand über das Wechselseitige
Die Rennvereine bzw. radikellen Rennvereine ließen
den Rennverein, den "Sparta", zu einer
meiste "Sohle" auf machen. Am 9. und
10. Dezember 1921 kam der Zusammenschluß
erstmal vor dem Rennverein des "Sparta" mit 22 Verei-
nen zusammen und der "Sparta" wurde vom
Zusammenschluß ausgeschlossen.

Die Arbeitgeber aus den Kreisen der
Gewerkschaften müssten die Verteilung vom Ge-
werkschaftsgeld zwischen ihnen eben so wie die Arbeitnehmer
aus den Gewerkschaften nicht aufeinander ab-
stimmen dürfen nicht in den Raum. Es wurde
nur die möglichst umfangreichen Abwe-
ichungen gestattet. Gleichzeitig wurde das Ge-
w. mit 50 gegen 70 Stimmen erneut gewählt.
Von den Arbeitnehmern stimmen
27 dafür, 12 dagegen, von den Arbeitge-
bern 34 dafür, 28 dagegen, die übrigen
Abstimmenden rätseln von den Mitteleidern für
die beiden Arbeitgeber noch Arbeitnehmer
ab.

Nach den Beschlüssen des M. W. A. sind
natürlich von dem E. C. die gesammelten Re-
sponsen (Pferde) beladen und die Respon-
sen, die zum Zweck einer Ausstellung zu-
genommen werden, werden auf der Rückseite
aufgedruckt. Oben auf der Rückseite steht
der Titel wie oben. Darunter steht
der S. V. und die Rückseite ist mit
der Rückseite des gesammelten Re-
sponsen übereinander geschrieben.
Anschließend folgende Erklärung, ob er sich
möchte oder nicht in die Rettungsaktion ein-
schließen. Anschließend ist auf die gesammelte
Rückseite ein Tisch der anderen
mit einem Schreibzettel für die Organisation
und darüber ist eine Art Unterschrift
aufgedruckt. Der Untergesetz auf der
Rückseite kann abgeschnitten werden, damit
die Rückseite leichter bearbeitet wird. Wenn
die Rückseite mit dem Schreibzettel
und Rückenstück in Rettungsschiffen aus-
getragen, die über Land und See verkehren,
so gegenüber dem Gesetz Entwurf be-
reitstehen.

Wenn der Reichstag die Schließungsschauung in der vom 21. M. R. amtemmenden Sitzung befürworten würde, so könnte das Reich recht langsam werden. Die Befürchtung, daß dadurch eine Einigung in der Kriegsfrage sehr beeinträchtigt würde, teilen wir nicht. Wenn aber Strafs und Ausvergeltungen, besonders in gewöndigen Verhältnissen erst nach Erfüllung aller Rechtsprechungsmöglichkeiten eintritt in dichten, so wird das der Arbeiterschaft wie der Allgemeinheit nur zugute kommen.

Informationen-Nachteil

Die wichtigen Gewerbeschäften sind sehr
bedeutende Organisationen der Arbeiterschaften und
angegliedert, deren Qualität und Stolz es
vor voraus zu haben von Arbeitern ge-
gründet und geleitet zu werden. So muss
es auch bleiben. Eine Gemeinschaft ist sehr
gefürchtet. Unternein men das den Zweck
der Gewerbe zu erhalten, einzelne aber
eine Macht Berichten zu überwinden. Nach
mehr ist die Tugend der Gemeinschaften
darunter zu wählen, die Interessen der gesamten
Arbeiter nicht zu verletzen. Soll
Gewerbe so aufgerichtet sein, dass unter
einzelnen nur eben auf das wirt-
schaftliche in jedem Gebiet eines bedeut-
enden Einflusses auf das Gewerbe
haben? Sie muss ein Gleichgewicht in der
Hand der Wirtschaftlichen und politischen
Macht, wie sie es vor 30 Jahren war am
2. 11. 1918. Die Gewerbeschäften noch. So ist die
Gewerbeschäfte an den Gewerkschaften und
Gremien der Gewerbeschäften auszu-
richten unvermeidlich. Die gewöhnlichen
Arbeiter an das Gewerbe und das politische
Gremienverband; unsere Verbandsmitglieder
sind vor allem mit den Gewerbeschäften
verbundene Menschen, von Arbeitern, von
Gemeindearbeiter und Straßenarbeiter.

Unter Werbung aufgerufen zu sein und
1000 Goldern eine Summe von 21000 Pfund.
Wie die Familie die Freimüthe der Städte
annehmen wünsche, so kann man die Orientie-
rung darüber leicht machen. Es besteht kein Zweifel,
dass das Land auf Ihnen der Freiheit und
Friede hier überzeugt gefunden, feindliche
empirische Reichen, so wird es dem geliebten
Wertheinde zweckmäßig sein.

Die eigentlichen Träger der Ortsgruppen
sind aber die Vorstände und Ver-
trauensleute. Sie müssen der Arbeit
in den Siedlungen viel um Wissens-
schaft und Arbeit in einer klaren Weise an-
ortlichkeitsfähig halten. Das
möglichst zu tun und Gedanken ihrer Betriebsgruppe
zu haben am besten liegen wie das
Vorstand und seine der eigenen Komitee. Wer
seinen Posten in der Ortsgruppe über-
nimmt, muss ihn auch gewissenhaft ausüben.
Es ist nicht genug damit, Vorstandes-
amt zu übernehmen, sondern es muss auch sein, Es
geht darum an, die damit verbundenen
Schwierigkeiten anzusehen. Wer das nicht kann
der muss will, der welche sieher einge-
schlagen hat es nicht an, oder trete ihm an
den anderen an. Wer es will mag
es schwerer, als sich ein Posten zu drängen
und sich dann um nichts mehr zu kümmern.
Der Schaden, der dadurch angerichtet wird,
ist sehr mit großer Mühe und überhaupt
ist leider aufzumachen. Die Aufgaben
der Vorstände sind in den §§ 21 und 22
des Verbandsvertrages umschrieben.
Daran sie offiziell studiert und befolgt
werden.

In zweiter Linie muß Camerabehörlichkeit in den Untergrenzen verbleiben, vor allem bei den Vorstandsbemühungen.

gliedern und Vertrauensleuten. Sie müssen sich wie Mitglieder einer Familie, wie Brüder und Schwestern, fühlen. Sich mit gegenseitigem Vertrauen begegnen, einer dem anderen. Die Arbeit möglichst zu erleichtern suchen. Gegen böswillige Schwächeren oder gar Anwohnerungen der Gegner lehnen sich, wenn erforderlich, gemeinsam zur Wehr. Man soll aber auch nicht auf jedes blödsinnige Geschwätz achten und hereinfallen. Die beste Abwehr ist meist die „auf einen Scheinen anderthalben zu sezen“. Die Ehre des Verbandskollegen steht man so hoch und heilig wie die eigene und lasse sie nicht böswillig angrauen. Wer etwas gegen einen anderen aussagen hat, was ungehörig sein soll, der beweise es auch zuerst. Sonst weise man seine Behauptung als Verleumdung zurück. Auch in der Kritik an den einzelnen Verbandskollegen soll man jede persönliche Schärfe vermeiden. Manche gefallen sich ja sehr in scharfer Kritik an anderen, sind aber auß höchst empfindlich, wenn es sich um die eigene werte Person handelt. Kritik soll stets sachlich, ohne persönliche Schärfe geführt werden. Ein gutes Wort wirkt meist mehr als tausend Worte.

Ein drittes Erfordernis ist Pünktlichkeit. Versammlungen müssen pünktlich eröffnet und geschlossen werden, eben, wie die regelmäßigen abgehalten werden sollen. Das gleiche gilt auch für Vorstand- und Vertrauensleute-Sitzungen. Fort mit dem alten Schändrian nachdem Versammlungen und Sitzungen erst nach einer Viertel-stunden Ende noch der angelebten Zeit beginnen. Auch in Predigtung der Geschäfte mit den Verbandsdeunten und der Hauptgeschäftsstelle muß Pünktlichkeit herrschen. Die Monatskarten über Mitgliederbewegung, die Körterjahrsabrechnungen sind an den Volligkeitsterminen pünktlich abzuliefern, wie in Predigtung aller Verbandsgeschäfte auf möglichste Pünktlichkeit und Genauigkeit geachtet werden muss.

Es lieke sich noch manches zu diesem Thema lösen, wollte man erhabend behandeln. Für heute mag es genug sein. Bei Energie und gutem Willen werden unsere Ortsgruppen-Vorstände und Vertrauensleute imstande sein, die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Mögen sie es tun in dem ehrlichen Bestreben und in dem Bewußtsein, dem eigenen wie dem Gesamtwohl zu dienen. Dieser Gedanke möge Ihnen Beweiter und Helfer sein zu legenreicher, ehrstichtlicher Arbeit.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Entnahmestunden in Eisenbahnen.

Am 19. Januar fand zwischen der Verwaltung und den Organisatoren eine Verhandlung statt. Besoldert war ab 1. 1. die bisherigen Stundenlöhne um 3 M. zu erhöhen. In der fraglichen Sitzung einigte man sich kollektiv auf 2 M. Stundenlohnverhöhung und wenn vom Reiche die Bestimmung zugelassen wurde, 3 M. pro Stunde. Die Stadtverordneten-Versammlung hat nun mehr beschlossen den Forderungen der Arbeiter respektlos nachzukommen und die Stundenlöhne um 3 M. zu erhöhen. Dieselben betragen somit ab 1. 1. 22

Gruppe I	12.00	M. pro Stunde
II	11.80	M. " "
III	11.60	M. " "
IV	11.40	M. " "

Daneben wie bisher Haushaltsgeld 4 M. und Kindergeld 3 M. pro Schicht. Im übrigen

gelten die Bestimmungen des Bezirkstarifvertrages für die Gemeinden in der besetzten Rheinprovinz.

Nachlänge zum Essener Straßenbahnerstreit.

Nachdem am 30. 11. 1921 in Dortmund die Delegierten der Straßenbahnen Gruppen Dortmund, Essen und Elberfeld den Beschluss gesetzt hatten, nach Beendigung des Straßenbahner-Streits nochmals eine Konferenz einzuberufen, welche Stellung nehmen sollte zur Schuldfrage des Essener Straßenbahnerstreits, stand denn nun auch am 16. Januar 1922 dieselbe statt.

Vertreten waren die drei am Tarifvertrag beteiligten Organisationen. Von unserer Seite waren ungefähr 12 Delegierte anwesend. Gauleiter Thomas vom Deutschen Verkehrsverbund leitete die Konferenz und gab nach kurzer Einleitung dem Beamten Engels vom Deutschen Verkehrsverbund, Verwaltungsschule Essen das Wort zum Hauptreferat. Ausgehend vom Beginn dieser wilden Bewegung bis zum Schlusse derselben wurde von Engels oft die Entwickelbarkeit angeführt. Ob jedoch und hauptsächlich zum Schlusse seiner Ausführungen konnte man die ganze Blitzeile heraus hören, welche Engels während und auch noch nach dem Streit von seinen eigenen Genossen erblicken mußte. (Artikel Ruhr-Zeitung.) Es kam hier so recht zu Tage, daß durch das Auflaufen der radikalsten Kommunisten und Unionisten in den Verkehrsverbund die ganze Gruppe Essen des Deutschen Verkehrsverbundes in das Wanken gekommen war. Wenn auch der Name eines gewissen Machers bei der ganzen Bewegung dort nicht genannt wurde, so fühlte doch auch der Uneringewiebte heraus, daß in Essen während des Streits zwei Lösungsworte zum Selbstschutz gehempelt wurden, und zwar die Gemäßigten: „die Engels“ und die Radikalen: „die R.“

Unter Vertreter, Kollege Roebach, welcher im Auftrage des obmenden Bezirksleiter Horstmann sich sofort als erster zum Worte gemeldet hatte, hat ohne Zweifel als Einziger die Bewegung richtig geschildert und gezeigt, was endlich einmal gesagt werden mußte und zwar, daß wir es ablehnen, in Zukunft einer disziplinierten größeren Gruppe Gehorsam zu leisten, daß wir vielmehr bei künftigen ähnlichen Situationen als selbstständige Organisation unsere eigenen Wege gehen werden. Er gab hiermit den einsichtig gesetzten Beschluss unserer Ortsgruppe Essen, Straßenbahnerverbund.

Alle nachfolgende Diskussionsredner von der Gegenseite sprachen wenig oder gar nicht zur Tagesfrage, sondern versuchten aus den Worten unseres Vertreters Kapital zu schlagen und ganz besonders Schlaue glaubten in dem Beschluss unserer Organisation Verrat zu wittern und süßeten den wilden Eisenbahner-Streit als Beispiel an. Zu Ehren des Gauleiters Thomas muß allerdings gesagt werden, daß er einen Redner unterbrach und offen erklärte, daß er sich den Worten und den Ausführungen des Kollegen Roebach voll und ganz anschließe und daß auch der Verkehrsverbund derartige Streits nicht mehr finanzieren würde. Im allgemeinen war man sich auf der Gegenseite einer, ausgenommen von einigen, daß man die Essener nicht verurteilen sollte, da es eine spontane Willensäußerung gewesen sei, die der Schiedsgericht hervorgerufen habe. Das ganze war gelinde gesagt eine Komödie, denn keiner auch selbst diejenigen, die wirklich mitgeholfen hatten, den Streit zu intensivieren, wollten irgend etwas durch Wort noch Tat dazu beigebringen haben, daß der Streit zum Ausbruch kam. Hoffentlich werden aus den gemachten Erfahrungen die Kollegen nun auch die richtigen Rückschlüsse ziehen verstehen.

Vor der Sammlung für die Essener Straßenbahner gingen ein:

Bochum (Fabrikerotional)	2961.— M.
Duisburg-Meiderich	1632.— M.
Duisburg-Walsum	698.— M.
Rees	880.— M.
Mettmann	2000.— M.
Oberhausen	1600.— M.
Bortrop	5500.— M.
Recklinghausen	7593.— M.
Sottrop (Ortsfeste)	100.— M.
Gambrin	2350.— M.
Hattinger Kreisbahn	485.— M.
Recklinghausen	2105 M.
Bochum (Rotte)	740.— M.
Mörs	5000.— M.
West. Kleinb. Tr.-Arb.	1876 M.
West. Kleinb. (Christen)	4262.50 M.
West. Kleinb. Metallard.	1453.— M.
Oberhausen	1504.— M.
Köln	441.— M.
Schwinken Schwebebahn	2000.— M.
Herne-Recklinghausen	947.— M.
Düsseldorf-Duisb. Kleinb.	505.— M.
Düsseldorf-Duisb. Kleinb. 2	410.— M.
Höder Kleinbahn	1418.— M.
Zentr. Verb. d. Straßenb. D. doz.	1159.— M.
Duisburger Straßenb.	1836.50 M.
Kamen	800.— M.
Witten-Eidet	1556.— M.
Darmstadt	850.— M.
Soest (Westfalen)	2317.— M.
Hagen	2194.— M.
Bochum-Gelsenk. Schwebeb.	561.— M.
Herne	966.— M.
Bochum-Gelsenk. Straßenbahn	1877.— M.
Dortmunder Straßenbahn	7775.50 M.
Essener Sammelstellen	3501.— M.
Essener Sammelstellen Nr. 8	98.— M.
Düsseldorf-Duisb. Straßenbahn	800.— M.
Herbede, Bochum	550.— M.
Darmstadt	65.— M.
Dortmunder Straßenbahn	402.— M.

74 241.50 M.

Ausgaben für Unterhaltungen wurden vom Verkehrsverbund	41 005.— M.
Metallarbeiter-Verband	7 005.— M.
Zentraler Reichlicher Gemeindebund und Straßenbahner	12 400.— M.
Holzbearbeiterverband	600.— M.
Zentrale Holzarbeiterverband	60.— M.
Metallarbeiter-Verband (dreiheitl.)	500.— M.

Summa: 62 375.— M.

Bleibt ein Rest von 11 866.— M.

Diese Summe wurde von einzelnen Bahnhofskontrollen zur Verteilung an bedürftige Mitglieder entsprechend ihrer Mitgliedszahl überwiesen.

Bahnhofswirtschaftliches und Soziales.

Die Kosten der Lebenshaltung.

Über die Teuerung im Dezember 1921 teilt das Statistische Reichsamt mit: Obwohl durch die Steigerung der Kaufkraft der Mark zu Beginn des Monats Dezember die Großhandelspreise zurückgingen, hat sich die Kaufwirtschaftsbewegung der Kosten der Lebenshaltung vom November zum Dezember infolge des vorhergehenden Sturzes der Reichsmark weiter fortgesetzt. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, denen die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stande von Mitte Dezember zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom November zum Dezember von 1921 auf 1530, demnach um 153 Punkte, oder 11 v. H. gestiegen. Gegenüber Dezember beträgt jetzt die Steigerung 16 v. H. und gegenüber Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres 78.1 v. H.

Stärker als in den Vormonaten hat zu dieser Steigerung im Berichtsmonat die Erhöhung der Kosten für Heizung und Beleuchtung beigetragen, während die Wohnungsmieten nur in verhältnismäßig wenig Gemeinden angezogen. Daneben wurden aber noch weitere teils beträchtliche Steigerungen für Lebensmittel festgestellt. Die Zinsgeister für die Ernährungsausgaben allein, die im November 1914 betragen hatte, ist um 174 Punkte oder 9,1 v. H. auf 2088 gestiegen. Zur Erhöhung der Ernährungsausgaben traten im Berichtsmonat fast sämtliche Lebensmittel bei. Die Preise für Brot, Nährmittel, Süßfrüchte und besonders Fleisch zogen erneut an, auch Gemüse, Kartoffeln, Eier wurden wiederum teurer. Die Preisbewegung für Fette war (bis Mitte Dezember) nicht einheitlich.

Arbeiterbewegung.

Unzuträglichkeiten um die Wegewalter.

Zu den unangenehmsten Ausgaben der Gewerkschaftsführer gehören ohne Zweifel die Auseinandersetzungen, die wegen der Zugehörigkeit einer bestimmten Gruppe von Arbeitern zu diesem oder jenem Verband geführt werden müssen. Meinungsverschiedenheiten hierüber können in einer Bewegung, wie sie der Deutsche Gewerkschaftsbund darstellt, wo aus Zweckmäßigkeitgründen, für die Bundessteile von Vertragsgruppen nur 41 Verbände bestehen, nicht ausbleiben. Trotzdem muß es möglich sein, die Meinungsverschiedenheiten rein sachlich, in einem Geiste und einem Ton auszutragen, der erkennen läßt, daß alle Beteiligten einer Gesamtbewegung angehören, wo der Grundzug gilt: derjenige Verband ist der zuständige, wo die Interessen der Mitglieder am besten gewahrt werden können. Die Gewerkschaft soll nicht Selbstzweck sein.

Seit Bestehen unseres Verbandes haben wir es abgelehnt, austauschende Meinungsverschiedenheiten mit den Bruderverbänden im Verbandsorgan zum Ausdruck zu bringen. Sonst sind diese bestrebt gewesen, die hierfür zuständigen Stellen damit zu besetzen. Bis her haben es auch die Bruderverbände so gehalten.

Eine unruhige Ausnahme macht nun mehr der Landarbeiterverband, der in seinem Organe Nr. 2, 1922, sich ungehalten darüber zeigt, daß die rund 500 Provinzialstrassenwärter von Westfalen zu unserem Verbande übergetreten sind.

Bei Gründung unseres Verbandes im Jahre 1912 wurden diese Leute uns von der Weltung des Gesamtverbandes als Agitationssgebiet zugewiesen. Wenn dann später der Landarbeiterverband widerrechtlich die Strassenwärter zum Teil bei sich organisiert hat, ohne uns und die Gesamtbewegung zu befragen, so braucht er sich nicht zu wundern, wenn heute unsere Beamten sich die betreffenden Gruppen holen. Zumal, da sich herausgestellt, daß der Landarbeiterverband nicht der geeignete Verband für Provinzialarbeiter ist. Um so bedauerlicher ist, wenn der Verfasser der betreffenden Notiz in der „Rundschau“ unseren Verbandsbeamten auch noch Motive zu unterschieben sucht, die nicht zu-

treffen. Der Landarbeiterverband wird sich schon mit der Tatsache absindern müssen, daß die Agitation unsseits unter den Kreis- und Provinzialarbeitern in Zukunft lediglich einzelt. Es ist eigentlich unverständlich, wenn sich, zum Schaden der Gesamtbewegung, hier noch um eine Frage herumgestritten wird, die längst erledigt ist. Wie die betreffenden Werbeiter selbst über die Angelegenheit denken, zeigt folgende Entschließung:

„Die heute am 16. Januar 1922 im Bahnhofshotel zu Bestwig versammelten Straßenwärter des Landesbauamtes Melchede nehmen Kenntnis von dem Artikel in Nr. 2 der Rundschau, wonin der Landarbeiterverband dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner unerlaubte Agitation unter den Straßenwärtern vorwirft. Wir lehnen uns veranlaßt zu erklären, daß nicht der Gemeindearbeiterverband an uns herangetreten ist, sondern wir uns alle Mühe gegeben haben, um uns dem Gemeindearbeiterverband anzuschließen und auch an oben genannten Verband wiederholt herangetreten sind zwecks Übertritt. Die Gründe, die uns zu diesem Schritte veranlaßt haben, wollen wir hier nicht erörtern und leben im Interesse der christl. Gewerkschaftsbewegung davon ab. Unsere Interessendirektion erbliden wir ab 1. Januar 1922 im Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands.“

Ein edler Menschenfreund.

In der Nummer 1 der „Deutschen Straßen- und Kleinbahner-Zeitung“ vom 14. Januar 1922 (Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes) erschien mit der obigen Überschrift folgender Artikel:

„Seit dem Jahre 1919 war bei der städt. Straßenbahn Breslau ein Schaffner namens Kaminisi beschäftigt. Er hat eine streng religiöse Frau, die es für ihre belaubere Pflicht hält, rechtzeitig die Kirche zu besuchen. Der Kollege erfüllte seine dienstlichen Pflichten zwei Jahre lang, vergab sich aber in den letzten Monaten und nahm, wie festgestellt, zweimal je einen Messingring aus dem Straßenbahnwagen im Werte von circa 5 M. mit. Seine Frau hatte nichts eiligeres zu tun, als von diesem Fehltritt dem Geistlichen Mitteilung zu machen. Darauf erklärte der katholische Geistliche, die über keine Sünden vergeben zu können, bis der Mann das mitgenommene Material der Straßenbahn abgestellt hätte. Die Frau begab sich daraufhin zur Verwaltung der städt. Straßenbahn und denunzierte ihren Mann wegen Diebstahls. Der Mann mußte daraufhin sofort entlassen werden, da ihn weder Betriebsrat noch Organisation wegen seiner Verfehlung halten konnten. Der Kollege ist nun als Erwerbsloser auf den Straßen Breslaus herum und hat dies lediglich der christlichen Tat seiner Frau und des katholischen Pfarrers zu verdanken. Hoffentlich hat der Kollege seine Frau freiwillig an den edlen Pfaffen abgetreten.“

Für den Kenner katholischer Verhältnisse unterliegt es gar keinem Zweifel, daß dieser Artikel das Stigma der Verlogenheit an der Stirn trägt. Die angestellten Nachforschungen haben nun ergeben, daß der in dem Zeitungsartikel zitierte Straßenbahnschaffner Kaminisi

sowie auch dessen Ehefrau überhaupt nicht der katholischen Konfession angehören. Die Ehefrau ist eine strenggläubige Protestantin. Sie hatte auch nie den Besitz eines katholischen Priesters in Besitz genommen.“

„Welch edler Menschenfreund“ ist es nun gewesen, der diese Schauergeschichte erfunden und aus lauter Fanatismus gegen alles, was sich christlich nennt, seinem Verbandsorgane mitgeteilt und noch ebendrein die schamlose Notiz am schwarzen Brett sämlicher Bahnhöfe in Breslau anklagen läßt? Jedenfalls steht heute fest, daß derartige traurige Subjekte dem oben genannten katholischen Geistlichen in katholischer Größe das Waller nicht reichen können. Bezeichnend ist auch, daß derartige Notizen, die den Stempel der Verlogenheit an der Stelle tragen, Aufnahme in einem Verbandsorgan finden können. Doch gleiche Brüder, gleiche Kappe.

Die noch freihändig und anständig befindenden Straßenbahner werden derartigen Seiten schon die richtige Antwort zu geben wissen. Das Anwachsen der christlichen Gewerkschaften in Schlesien trifft doch in den Märkten so mancher Gewerkschaft recht eigenartige Veränderungen.

Spannung.

Die letzte Nummer des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften befürchtetlich mit der durch die Geldentwertung bewirkteten, gewiß nicht erfreulichen Situation der deutschen Gewerkschaften. Wie würden die folgenden Maßnahmen außen nämlich Mitgliedern zur Rettung bringend erscheinen. Das Zentralblatt schreibt:

„Es ist eigenartig, die Gewerkschaften, die alles barathen, um den Handball ihrer Mitglieder im Gleichgewicht zu halten, indem sie bei jeweiligen Trauerfeierlichkeiten Pausa zu erzielen suchen, gerade falls durch die einkommenden, nicht mehr abtragbaren Preiserhöhungen in die mäßliche Rente abgelenkt von den Gehältern der Gemeindeangestellten, die wenigstens der allgemeinen Lohnentwicklung folgen sollten — was allerdings in den meisten Fällen unmöglichlich ist — haben die Gewerkschaften im wesentlichen Ausgaben für solche Bedürfnisse zu machen, deren Verteuerung sonst fast unverzichtbar besteht. Man denke nur an die Preiserhöhung für Papier, an die Ausgaben der Gewerkschaften für ihre Organe und den sonstigen Drucksachenbedarf! Eine sehr erhebliche Neubelastung der Gewerkschaften hat mit dem 1. Januar eingesetzt durch die Erhöhung des Posttarife.“

Den Ausgaben entsprechend haben die Gewerkschaften ihre Einnahmen nicht steigern können. Bestensfalls sind die einzigen Einnahmen der Gewerkschaften, die Beiträge, im Durchschnitt um das 8—10fache gestiegen. Was aber bedeutet das gegen die 20—30fach erhöhten Ausgaben? Und wenn zahlenmäßig die Gewerkschaften heute höhere Kostenstände haben wie vor dem Kriege — in Wirklichkeit sind sie, gemessen an dem, was früher vorhanden war und was die Verhältnisse bedingen, um sehr riesig ärmer geworden. Auf Grund ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ist heute keine, auch nicht die finanziell härteste Gewerkschaft, bei den Arbeitgebern gefürchtet. So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und

Welt aller gewerkschaftlichen Organe ist es, diese Tatsache nicht zu ignorieren, sondern sie zu erkennen und dementsprechend zu handeln.

Erstes Gebot aller Verbände muß sein, die Einnahmen zu steigern, d. h. die Mitgliedsbeiträge der kugnischen Vereine auf anzupassen. Dem Voratz von dem Sinadenlohn der als gewerkschaftlicher Wochenbeitrag gesetzt soll, muß die Tat folgen. Es ist durchaus falsch und nur die Verbandsräte handelnd, wenn bei der Beitragsfestsetzung den Wünschen derjenigen gefolgt wird, die beim Soden mit den Gewerkschaftsbündigen begonnen wolle. Selbst wenn die Gewerkschaftsbeiträge in steirer Weise sich steigern würden wie die Löhne gestiegen sind, so wäre den tatsächlichen Bedürfnissen der Gewerkschafter noch nicht Rechnung getragen.

Zum Cr. muß deshalb ein zweites kommen, die Verringerung der Ausgaben, d. h. die größtmögliche Sparanstrengung in den Gemeindesälen. Mit der Sparanstrengung darf nicht bei der Entlohnung der Angestellten begonnen werden. Nicht bei 15, zu sparen darf man, daß weniger freizeitlose Kräfte zur Anstellung kommen und um die Insolvenzverhütung lebenden Menschen in der freien Zeit im allgemeinen nicht weiter um die Erledigung der Gemeindeaffären aufzugeben sind, kann vorwiegend die Ausgestaltung von Gemeindeschaffern zu fordern. Eine zweite Möglichkeit des Sparsams ist gegeben durch ein weniger handhabendes Verfahren der Gemeindeschäftsführung. Deshalb muß ein halbes Durchschnittsverhältnis aus den verschiedenen Webschichten kurzer Zeit alle ein und denselben Cr. betragen, unabhängig, ob es eine einzelne oder mehrere zu betreiben hat. Die Kosten sollen, um diese Weise zu halten, werden vielleicht billiger ausgenutzt werden, wenn am 1. Januar d. J. die so wichtige Erfüllung der crabscheile einfällt. Zu liegen ist hier eine Verringerung der Druckglocken. Es mag vielen Gemeindeschäffern noch gelingen, ein wenig einzusparen, das und natürlich deshalb ungemeinliches Verwandtschaft zu erhalten. Und doch wird die neueste vorrende Wertsteigerung der Papierpreise in einer Gewerkschaftlichen Veranlassung sehr müssen, eindrücklich zu präisen, ob nicht eine Verringerung des Umsangs der Druckstadien oder eine weniger östliche Erfüllung sowie der Verbandszusage gegeben ist. Bei der Laut seider werden am Post d. 10. Nicht ohne Schwierigkeiten sind notwendig. Notwendige Tagesheften sind nicht immer dringlich. Man kann weniger dringliche Angelegenheiten an einem bestimmten Tage in der Woche oder in Monat erledigen und so über mancherlei Dinge, in einem Brief berichten. Die Konzentration der Gewerkschaftsbüros an einem Ort ermöglicht weitere Erfahrungen durch den Sammel-Bertrand von Postkarten nach Orten, wo sich ebenfalls die Gewerkschaftsbüros mit einem Dach befinden. Man denkt nur einmal nach und organisiert die Sache.

Was ben Ortsgruppen.

Siegen, Am 5. Februar fand unsere Jahresschauversammlung statt. Da, dem der 1. Vorsteher, Kellerei Paul Högl, die Versammlung eröffnet und den Konzerten für die zahlreichen Besucher dankt hatte, erläuterte

dieselbe den Jahresbericht wie folgt: Ein sehr
langer und harter Verbandsarbeit liegt
hinter uns. Wir sind ein gutes Stück vor-
wärtsgekommen, haben manches erreicht was
nur erstreben, aber wir müssen auch noch viele
Wünsche mit ins neue Jahr nehmen. Hoffens-
wert ist, wie dem mit weiteren Hilfe die-
selben erfüllt werden können. Dieses erfordert aber
die Mitarbeit sämtlicher Kollegen. Keiner
sitzt es eine Menge Kollegen, die denken
dass den Verband arbeiten, da-
für bezahlt zu werden. Beiträge
oder Gehalt muss ich haben, aber
zeit, daran mitzuhelfen habe
ich nicht". Das sind die Kollegen, die den
vollen Verbandsstand fördern. Seien im weiteren
Zeitraum keine Zusätze durch mich. Vielen

Vorwärts. Nur immer langsam voran! Das ist das Motto der Party der Erneuerung. Nachdem lost alle Amtstüdige, darüber auch die Gemeinden, auf dem der Bewegung ihren Arbeitern durch Anträge und Statuten, konnte sich Vorwärts in diesem Geschäftsbereich bequemen. Die von uns gestellten Anträge auf Erhöhung der Löhne bzw. Entfernung eines Lohnes, soz. wurden jetzt von der Führungsschicht angenommen, aber noch nicht durchaus in jedem Standort und unter keinem umfassend. Besonders unbedeutend ist das, da die Arbeiter einen die Verhandlungen verhandelte und es auch agierte und wiedergaben an den Tisch zu lehnen. Ob es wahrscheinlich ein gewisser Herr steht, „Die Gewerkschaftsvertreter müssen wie ein rotes Buch auf die Kommissionsmitglieder?“ Nachdem uns das Schriftstück gezeigt wurde, so kam es sehr rasch, als den Schließungen aus, in die Sitzung. Der Erfolg war erstaunlich aufgedauert, innerhalb 8 Tagen nominal zu verhandeln. Da es an dem Zeitraum, den der Betriebsrat für die Verhandlung vorgesehen hat,

Die Zahl der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgestellten Anträge auf Verhinderung wurde die 11. Vollzähligung erneut g. geäußert. Unter Arbeitnehmern wurde in der freieid. Gruppe die Förderung der Arbeiter mit dem Erfolg, doch die Wände um 1.000 bzw. 1.500 M. Höhe wurden durch Ideen betrogen wahrnehmbar ab 1. 1. 1922; a) für Bau- und Wasserwerksarbeiter, versinkende 850 M. ledige 750 M. b) Hof- und Weingärtner, verheirathete 750 M. ledige

675 K. d) Steinber. Särbeiter pp. und Rude-
mann 800 u. ledig 700 u. d) Felsräuber
25.00 u. pro Tag. Eisarbeiter erhalten neben
den oben bestimmten Tägligen noch für pro
Kubikmeter erzeugtes Eis 15. — Obwohl
die Lohnhöhe sehr gering sind, ist es den Da-
mern schwerer nicht leicht zu fallen. Diese
Abhängigkeit durchdringen. Howard hat keine In-
dustrie. Die umliegenden kleinen Gemeinden
zählen ebenfalls niedrige Löhne. Dieses weist
les auf Verhandlungen. Es ist kein bürger-
licher im Eigentum, es fällt schwer, einen Mittel-
schild zwischen Cottbus und K. zu veranstellen.
Will also d. Vorwerder Arbeiterschaft
in Zukunft nicht länger arbeiten und höher ge-
leben als ihre Nachbarn andernorts, dann muß
habe man sich mit den Rahmen der nächsten
Erneuerung am gemeinsamen Gre. Niemand ist
willen. Aber auch die Arbeiterschaft
des Hansestads wurde bes-
onders der Bappert Rollagen
überlegt, wenn von dieser Seite
aus die vorsitzigen Angebote unter-
schlagen würden.

Gustavus: Es hat wohl kaum je eine Zeit
gegeben, in der die Arbeit nicht auf
einem anderen Standpunkt stand. Wenn wir alle unsere
Bemühungen mit ihnen in den Gedächtnis wären,
so viel besser, wenn sie selber in engster Ver-
bindung mit der Freiheit und Frieden eine
gewisse Einflussnahme besitzen, damit es
ihre Vorschriften nicht werden. Statt dessen kann
es nur so sein, dass werden zusammen-
gefasst in einzelnen Gruppen befinden und
dass diese wieder laufen. Eine solche
Vereinigung ist mir ein Sozialist in der Ge-
schichte nicht aus dem Gedächtnis. Die beständigen
politischen Gruppen es nicht zu sich das gesamte
Personal an einer so und so nahezu un-
veränderlichen Stelle. Vor längerer Zeit wurde
es nur von Herrn Oberst auf Stolpe ge-
wollt, dass der Organisationsaufbau aus den
verschiedenen Gruppen besteht, bei der
jedem Personal 12 Stunden freigehabt und
die Verantwortung der Beobachtung bei dem
verschiedenen Gruppen verbleiben. Die Com-
munisten es jedoch, dass solches kein nicht für
so soll, sei dann bestimmt, dass es nicht
mehr jedoch eine Organisation. Sie wollen
einfach der Leibniz es so, die Verantwortung
übernehmen, mit der Verantwortung, in der
der Organisationsaufbau kann ja sehr viele
Dekretionen und sonstiges Gesetz nicht
eine Fortschreibung, da man es nicht
Bemühen kann die nicht gerechtfertigte Formel.
Die Siedlung zu machen.

Keine und vieles sonst ein Mann, der nicht noch vor einigen Minuten in den Händen eines wütenden Geiste geblieben gewesen sei. Der Herr Verlaut ist es, als Werthvollst der Theologe und des Theologie's Sohne. Was nun gesammelte welche Geschichtliche die Direction dem Herren G. ertheilt. Wenn die Herren in unserer Stadt seien, werden sie nach dem Erzbischof L. von Salzburg diese den "Erzherzog" oder fort den "Kaiser". Uebrigens, wenn der Befehl für seine Bekämpfung ertheilten sollte, würde er wohl auch überall Recht auf eiseben. Wenn in der Eroglühen Verjagung uns an der Türgasse der Herrn G. ist nicht worden, so ist das dieses nicht sich allein schuldig. Die Anstrengungen des Herren G. wie von uns nicht betrachtet, uns in der notwendigen Art und Weise anzuerlegen. Im Gegenteil, nun erst recht. Wenn wir bei dieser Gelegenheit außerdem zu etwas dringlich werden müssen, welches aus der Verschönerung unangenehm werden könnte, dann bedenkt, daß hier bei Herrn G. Ueb' gezeigt werden, in wie daran, daß alle Weltmeier hinter Herrn G. stehen.

Offizier, über 7. Januar, fand während Generalskameraler Sitz Kottwitz Klinn (Königlich) einen ausländischen Gesicht über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im verschiedenen Jahre. Besonders berührte er über die gewerkschaftliche Tätigkeit und die erzielten Folge. Wenn wir auch nicht alles erreichen könnten, was berechtigterweise gefordert war, so ist es uns aber doch immerhin gelungen, das

Wertendiaße wir die Kollegen herauszuholen, daß im neuen Jahr wird nicht alles so geben, wie wir es wünschen. Daraum müssen wir immer streben, unsere Organisation zu stärken, damit wir zu jeder Zeit gefüllt sind. Die Fortbildung passt hierin ein. Ein sehr wichtiger Konsens ist der, Kollege Adolfo L. Vordörfer Kollege Siebold, 1. Fachlicher Kollege Kunyzenberg einen ausführlichen Bericht über die Arbeit des Hochbauausschusses gab noch Kollege Alvaro und forderte alle Mitglieder auf, den Bericht in seine Tätigkeit zu unterteilen. Er der eben beigebrachte Vorschlag erinnert mich daran, daß genau von Kunyzenberg vorzugeben und im neuen Schrein an der Fördern und Zusicherung durch Verbündete zu bedenken sei.

Hecken. In unserer letzten Versammlung am 6. Jan. waren die Mitglieder des Ortsgruppe vollzählig erschienen. Kollega Rudling aus Darmstadt hielt einen Vortrag über die Tiere und Pflanzen der drei großen Geomorphologischen Zonen, warum flüssige Gesteinsmassen gebündert werden müssen, und welche Klima- und Höhenzone in der Zukunft warten. Mit Vorausberechnungen sollte ich noch zeigen, wie sich die natürlichen und künstlichen Quelle der Erde und Naturwelt unter bestehenden Einflüssen Europa ein eigenes Geleis geben tue und Entwicklung sei, das die gesamte bei der Stadt Neheim befindliche Wehrerwerkschaft einer dreifachen Wehrerwerkschaft entspreche. Nachdem noch einige öffentliche Angelegenheiten ihre Gliedmaßen gehabt, kam in der allgemeinen Zusammensetzung der

Deutsche Rundschau, Nr. 5 und 6. November 1921

der Sitz der Kunststelen, arbeiter und Be-
amten der Straßenbahnen aus. In diesen
Streit war auch die Straßenbahn Breslau
einschließlich mit einbezogen. Der Kammer
der Vertreter des deutschen Transportarbeiter-
verbundes in Saarbrücken sprach hierzu in der
"Sachsen-Zeitung" und "Kreisblatt der Zeitung"
die Hoffnung der Breslau-Faschisten zu hu-
bewegen ohne eine Parole abzugeben, sojet
mit den Saarbrücker Kollegen in den Kampf
eingetreten. Dies nimmt. Da aber blieben die
Abberichtigungen, wie die Breslau-Faschisten
ausdrücklich in einer offiziellen Erklärung
ihren Zustand, wie bei der Saarbrücker Zahl
vereinigt wurden und auch diesmal die Kollegen
der Breslau-Faschistin Bahn der Anfang ma-
chen. So wie die Breslau-Faschisten
selbst zu erwarten die waren sie, war es ein be-
sonderer Angriff auf die Bahn, wenn die Angreifer
den Bahnarbeiter der Bahnlokomotiven löste
statt in den Streit traten. Offenbar ist gerade
dieser Angriff nicht durch Bahn getrieben,
sondern von Seiten der
Breslau-Faschisten. Aber Arbeitsscharen eingesetzte
wurden, um unter Bahn und Bahnlinien
geworfen. Daraus kann man es ver-
nehmen, dass sie nicht nur das Eisenbahnamt
angreiften, sondern auch die Bahn, wenn es
um einen Angriff auf die Bahn geht. Es ist
nicht eine Bahn, die im Jahre 1933
die Bahnlinien in Breslau, und zwar
im Kampf gegen die Bahnlinien, wenn es
um einen Angriff auf die Bahn geht, als
die Bahnlinien in Breslau. Wie immer versteht
man sich auf Breslau-Faschisten. Wenn
es um einen Angriff auf die Bahn geht, als
die Bahnlinien in Breslau.

„... führte sie eine mühvolle Verschaffung nach weiter unten. Die Minuten der Hoffnung dienten dem Verlust des Gedenkens und die Minuten der Freude waren für einen Abschied von Gottlosen ein. In dem Gedanken, daß er nur einer göttlichen Wiederkunft am Himmel hörte, entzündete die Frau ein Feuer in der Seele, das sie nicht mehr auslöschen konnte. Der Name ihres Sohnes war der einzige Trost, den sie hatte. Aber durch ihre Weinen und Klagen nahm sie sich selbst und anderen Leid. Sie schreitete durch die ganze Stadt und rief: „Hilf mir, Herr Jesu Christ!“ Wenn werden ich die Sorgen der Erde verlassen?“ Innen der Kirche wurde sie durch eine sorgfältig organisierte Menge auf dem Boden untergebracht.“

Im ersten Satz dieses Berichtes behauptet
Johann Klemmert, daß der Streit der Gas-
behauer Kollegen ein willkührer Streit war. Da-
ß er auch am ersten Freitagabend keinen Kol-
legen Woeslau durch das Telefon vernehmen
wollte. Klemmert hat sich doch während des gan-
zen Streites stets um die Interessen seiner
Kollegen gekümmert. Erster wird nicht
verneint, daß er an dem ersten Freitagabend an
die wenigen Mittelmeier den Klemmert als nega-
tivste Kritik des Streites erfordert habe. Der
zweite Streitablauf ist ausdrücklich von den
Feststellungen des Schriftstellers Woeslau geprägt.
Die Meinung der "Familie" oder
Weiterentwicklung des Streits war geheim.

reguläre Betriebsweise d. alten und jungen Betriebes in dem genannten Betrieb ist zu beobachten. Sie werden wieder 7 Stunden bei Weiterführung des Stroms abgegeben. An beiden Stellen ist es sehr leicht das weitere Vorgehen zu erkennen. Die Wiederholung der Sätze kommt wieder auf, also etwa 15 Minuten wieder 7 Minuten, das sind Rhythmen, die nicht für die Weiterführung des Stroms geeignet wären. Weiter bleibt wieder eine breite oder enge Pausenzeit für jede einzelne Wiederholung. Diese einzelne Wiederholung ist wieder aufgeteilt in mehrere Teile, weil jeder Verstärker hat einen anderen Zeitraum für die Erhöhung der Spannung nicht gleichzeitig haben. Also ist eine komplexe Arbeit, die die Verteilung der Zeit für die Höhe des Stroms und die Höhe der Spannung mit einer einzigen Wiederholung nicht so wahrscheinlich, dass es nur

aus angestellte gemeinsame Schreiben, welches er unbedenklicher Weise nicht abweichen sollte. Dieses Schreiben kann aber nicht als eine Trennungserklärung angesprochen werden. Eine Trennung der Städte zu sehen, so hätte unser Vertreter hier es nicht entwirkt. Und wenn die beiden Schreiben Bezug auf eine Verordnung der Regierungskommission derz. Entlohnung der Arbeiter und Anwälten in den Kommunen, die aber nicht ausschließlich den französischen Soldaten, sondern auch Anstreicher zwischen den französischen und Russischen Soldaten. Mit Recht hatte unser Vertreter einen Ausgleich gefordert, was doch die Trennung, wie die Saargesetzbeschönigung gleich. Nochmehr sag im Falle der deutschen Straße und Kleinbahnen Zeitung bedeutet eine doppelte Verdringung der Deutschen.

Die Mitglieder des katholischen Verbandes der Gemeinde und Straßenbahner traten für Abbruch des Komplexes ein in dem Augenblick wo er vor einer gewöhnlichen Wiederaufbau stand. Von dieser angestrebten unmittelbaren Wiederaufbau uns durchaus nichts bekannt. Vor unser wiederholtes Wenden beim Wiederaufbau der genannten Bahn nahm bereits eine neue Stellung zur Wohnfrage und teilte uns mit daß es für den Betrieb der Bahn benötigt wurde über das erste Budget der 120.000 Dm. Erhöhung auf die doppelten Kosten hinausgenommen würde. Aus diesem Grund wurde jede weitere Verhandlung abgebrochen. Nach Seinen Plänen hätte dieser Sachverhalt bestimmt sein. Wenn er es überallwohin verlangt hat, daß die katholische Gemeinde allein die Kosten zu tragen, so muß er nun diese Forderung bestreiten bei jedem. Neben dem ersten war es nicht weiter bis Wiederaufbau eines neuen Betriebes gekommen. Diese dienten nunmehr anderen Zwecken und waren nicht mehr benötigt. Das waren eben die Kosten des Betriebes der Straßenbahn die durch die Wiederaufbau von 120.000 Dm. erhoben wird. Nur wurde bestätigt und bewiesen

Dr. G. Ritter von Koenig's Bericht über die Ergebnisse der ersten Versuchsanstellung des Deutschen Reiches am 1. Februar 1875.

Unter den Koff. ist hier nur ein Koffer
mit der Teilnahme Verfassung und die "Kirch-
taufgabenblätter" nach eigenem Urteil
zurückgefordert worden, sofern dass
durch sie nicht die anderen Wege und
die Maßnahmen mit den Leuten nicht überzeugt

Sollte vielleicht das juelle Innovationen der
gelben Bewegung Gregoriusbund und
Dennozzi dem immer mehr von den Brudern
den Berichtsbundes hier am Ende zugeschrieben,
die Ortsverwaltung hier so rappellos
würde! Ich denke, das sie momentan im Pariser
Vertrauen zu diesen gleichzutun, und so den
Leut, a Rigaud von "radikal" nach "sehr" ver-
hüten wollen?

Ganz entschleben wird dieses Vorgehen der Verfahrsbündes von allen denkenden Kollegen zu sein scheinen.

Zum nachhaltigenen, doch die „Westfalenblätter“ hier, vor lauter Reklame und Propaganda über die rohe Einheitsorganisation des Stromkonzerns, nun gar daran glauben, daß die Westfälischen Schlagwörtern allein, auch die Westfälische in Schreden liegen zu können, denkt höchstens sie sich gerüstet bei der Neuerung des Stromausbaus eines Westfalen deklarieren.

Was die ersten Nebertitel von Kollega zu
untieren Reihen, auf die sie sowohl bei diesen
unlängen Werken als gerechnet haben, können
und die Größe, in der sie noch vor lange warten
... Was mich sehr sehr ist, das ist auch selbst
danken unsere Oberhöchste Kult von Straße
begrenzt. Sie wissen, was Ihnen Ihre Organisa-
tion ist und welche darum freudig und per-
fektionen Opfer.

Zurechnung auf die einzige Art der Reaktionen welche wir sie bisher nur von den Gold-

gewohnt habt) ist der heile Gußkuk, alles davon zu leben, zur Sicherung des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands, in der richtigen Erkenntnis daß nur mit starken Rassen und opferbereiten Kollegen, nicht aber mit leeren Redenäten und Reklame, dem Unternehmertum Achtung abgerungen werden kann.

Berlina. Am 24. Januar fand unsere erste Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Dieke entwarf im Jahresbericht ein Bild der Vorgänge seit der Gründung der Ortsgruppe, insbesondere des vergangenen Jahres. Er erwähnte hierbei auch der in der Berichtsszeit gestorbenen Kollegen. Die Versammlung erhob sich zu Ehren dieser Verstorbenen von den Söhnen. Der Berichtshalter führte u. a. aus: Noch niemals hat die Jahreswende soviel Anstalt und Verpflichtung zu einem Rück- und Ausblick geboten, als der Schluk dieses Jahres 1921. Das verflossene Jahr hat der Arbeiterschaft viele Kämpfe um ihre rechtigen Lebensinteressen gebracht. Große Schwierigkeiten standen namentlich der christlichen Arbeiterschaft im Kampfe um ihre Idee entgegen. Kein Wunder daher, daß auch unsere kleine Ortsgruppe von solchen Kämpfen und Schwierigkeiten nicht verschont, sondern mitunter hart gefaßt wurde. Insbesondere war es der sozialistisch-territorialische Machstandpunkt, der uns Scham und Bernicklung reizte. Es ist den Herrschäften der roten Roteur so auch einfach undenkbar, daß es in der roten Hechburg Potsdam Straßenbahner gibt, die es wagen, sich der christlichen Gemeinschaft, dem Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner anzuschließen. Aber trotz aller angewandten Gewaltmaßnahmen wie verleumderischen Mitteln gelang es den Christen doch ihre Mitteliederzahl im verflossenen Jahr reichlich zu verbauen. So wir durften mit Genugtuung sagen, daß mit einer Vollendung und das kommunistische Durchdringen zu entwirren, jede reaktionäre Lust auf gewerkschaftlichem Gebiete zu entstehen. So haben wir mehrarbeit und uns nicht ihre machen lassen. Der Erfolg ist nicht auszudenken. Darum Kollegen, so stark der Berichtshalter holtet jetzt zusammen, werdet jeder ein Märtator, vertretet auch in die große Idee der sozialen Vollkommenheit, Rücksicht und im neuen Jahre trenn und unerschütterlich.

Regensburg. Am 30. Dezember fand eine außerordentliche Versammlung in der Jakobinerstraße statt, in der über die Verbundungen und den Neuabschluß des Landestarifvertrages beraten wurde. Die Kollegen erklärten sich mit dem Abschluß des Landestarifvertrages einverstanden. Für die Stadtvertreter rückte eine Eingabe an die Pfarrräte und den Stadtrat gerichtet, wonach eine Erhöhung des Tarifs um 25 Prozent verlangt wird. Bezuglich der Beitragsregelung wurden Beschwerden vorgebracht, wonach der freie Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bedeutend hinter unseren Söhnen zurückbleibt. Bezirksleiter Wetzler erklärte, daß in diesem Beitrage der Beitrag ohne Volkszuschlag ab 1. Januar pro Woche 4,- € bei einem Lohn von 250,- € betrage. Da noch ein Volkszuschlag und eventueller Bezirksbeitrag in Betracht komme, wird in Regensburg für die Mitglieder dieses Verbandes ein Beitrag von 5,- € pro Woche in Frage kommen wie er auch von unserem Verband gefordert werden müsse. Falls Schwierigkeiten beim Übergang vorhanden sind, so habe die Ortsgruppe dies mit der Zentrale ins Reine zu bringen. Für uns könne nicht der Beitragszuschlag maßgebend sein, den der gegnerische Verband sich zurechtliegt. Für andere Mitglieder kommen nur jene Beiträge in Betracht, die von unserem Verbandsvorstand festgesetzt sind. Die Kollegen in Regensburg werden ohne Zweifel ihre von unserem Verband geforderten Beiträge ab 1. Januar entrichten.

Straubing. Am 29. Dez. fand eine außerordentliche Versammlung unserer Ortsgruppe statt, die infolge der Grippe-Epidemie an Beischluß zu leiden hatte. Am Stelle der vorläufigen

eingangs genannten Höhe des neuen Tarifvertrags wurden entsprechende Vorläufe gewährt. Nach dem erstaunten Bericht des Bezirksleiters Weigler erklärten sich die Kollegen mit dem Landestarif einverstanden. Zur Frage der Einführung des neuen Tarifvertrags wurde beschlossen, den Beitrag von 5,- € pro Woche ab 1. Januar einzuführen.

Berlin. Zu dem Berichte in vorletzter Nummer unseres Organs über die Zustände bei der städtischen Fleischbeschaffung in Berlin geht uns von dem Herrn Dr. Henschel eine Berichtigung zu. Wir hätten der selben auch dann Aufnahme gewährt, wenn er sich nicht auf den § 11 des Preiskodizes berufen hätte. Dieses um so mehr, da Herr Dr. Henschel uns im großen und ganzen die Richtigkeit unserer Darlegungen bestätigt, nur mit dem Unterschiede, daß das Verhalten der Genossen nicht von ihm abbilligt werden soll und die Zustände nunmehr geändert sind. Herr Dr. Henschel schreibt:

"Die Veröffentlichung in Nr. 1, Seite 7, des 'Gemeindearbeiter' vom 7. Jan. 1922 über eine 'unfaulndliche Wirtschaft' im Betriebe der städtischen Fleischbeschaffung im Gegenvand der Beleidigung in der am 10. d. M. abgehaltenen Sitzung der Deputation für das Ernährungswezen. Ausdruck für die Bisch- und Schloßhöfe gewesen.

Am Namen des genannten Ausdrusses teilte ich hierdurch mit, daß die in dem Artikel enthaltenen Schilderungen, soweit sie meine Interessen betreffen, den Tatsachen nicht entsprechen.

Dienstlichen Hilfsstempeler. Die am 9. November d. J. zum Dienst nicht erschienen waren, haben in der darausfolgenden Zeit die Arbeit nicht verweigert, sondern gearbeitet. Es lag daher kein Anlaß vor, die Sanktionierung zu führen. Nur wollten die betriebsgemeinschaftliche Hilfsstempeler nicht mit benannten von ihnen gemeinsam in den Schloßhöfen Dienst tun, die am 9. November gearbeitet hatten. Dieses Verhalten ist von mir nicht abbilligt worden. Damit aber keine Schwierigkeiten oder Siedungen im Betriebe entstehen sollten, habe ich das Betriebsgemeinschaftliche Hilfsstempeler Herrn Koller vor, daß auf die Dienststelle je zwei Hilfsstempeler gemeinsam zur Bedienung der Tiefkühlereien eingesetzt werden sollten, in der Weise, daß dienstlichen Hilfsstempeler, die am 9. November keine Arbeit verrichtet hatten, mit solchen zusammenarbeiten sollten, die ebenfalls an diesem Tage dem Dienst ferngeblieben waren. Außerdem auch der etatsmäßige Stempeler Herr Obmann Braun, dem die Dienstentstellung des Stempeler obliegt, im Beisein Kollers dessen Vorschlag für betriebs-technisch durchführbar erklärt hatte, erfolgte die vornehmlichste Einteilung. Ich lasse den Herrn Koller und Braun aber, daß nur vorläufig in so verfahren werden dürfen und ich die Sache dem Ausschuß für den Bisch. u. Schlachthof zur Entscheidung berichten würde; denn es sei nicht angängig, daß die einzelnen Stempeler sich aussuchen, mit wem sie gemeinsam arbeiten wollen oder nicht, im übrigen hätten politische oder persönliche Meinungsverschiedenheiten bei der Arbeitsleistung im Betrieb vollständig auszuweichen. Ich riet dringend zur Einigung. Diese ist denn auch bald darauf erzielt, und die Hilfsstempeler der städtischen Fleischbeschaffung haben, wie der Betriebsrat offiziell mitgeteilt hatte, in einer Betriebsversammlung beschlossen, wieder mit den Kollegen den Dienst gemeinschaftlich zu verrichten, welche gegen den Beschluss der Betriebsrat, am 9. November nicht zu arbeiten, verstößen hatten.

Dr. Henschel.
Direktor des städtischen Fleischbeschaffung.

Berbandsnachrichten.

Zu der Woche vom 5. bis 11. Februar ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen:

Vom 2. Quartal:

Hennef-Sieg und München.

Vom 3. Quartal:

Ellwangen, Riegsberg, Bodendorf, Godesberg, Bonn (Ksp.), Dachau, Dissenburg (Str.), Marburg a. d. Lahn, Reumuth (Oberpfalz), Gleiwitz, Aachen, Mosbach und Reuges.

Vom 4. Quartal:

Regensburg, Braunsberg (Olpr.), Ossenbach am Main, Duderstadt, Gieß, Mettstädt, Draisdorf, Hamborn, Guslitzendorf, Nalen, Gerthe (Bez. Bochum), Paderborn (Gem.), Hagen (Gem.), Pforzheim, Oberhausen (Gem.), Recklinghausen (Gem.), Süchteln, Löbau, Neustadt, Eichstätt, Oberursel, Duren (Rhd.), Weilheim, Horneburg am Rhein, Wiede (Rhd.), Crefeld, Kempten (Allgäu), Birkenhain, Solingen (Str.), Grafschaften, Straubing, Weiseling, Bodolf, Reumuth, Ulm a. d. D., Wilhelmsheim, Siegen (Str.), Jaborz, Odenthal, Würzburg (Gem.), Landsbut, Ehingen, Schleißheim, Bonn (Gem.), Borten, Edleking, Beuel (Gem.), Mühlheim-Aufr., (Str.), Jülich, Waldbut i. B., Steinach, Coblenz, Mosbach, Künzberg, Hanau, Marburg, Traunstein, Dörken, Heinsberg, Rheindorf, Kapaburg, Külen i. W., Cleve, Ellern, Regensburg (Staatsarb.), Ramsau, Gießen, Brühl, Boden, Bad Tölz, Neuburg a. Rhei., Kaiserslautern, Siegburg (Bauamt), Eltville a. d. Sieg, Sauer i. Soden, Wulfteim-Aufr., (Gem.), Much, Köln (Stuhwarz), Duisburg (Gem.), Aueine, Schweidnitz, Reichau, Bamberg, Meilen i. Sachsen, Stettin, Dortmund (Gem.) und Dortmund (Str.).

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1922 ist bereits verlassen. Beider Seiten nicht mehr alle Welt zu den bis jetzt noch nicht erschienenen, erledigt werden. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 1,- R.

Der Zentralverein.

Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen

Dorgel Gottfried, Essen a. d. Ruhr	2.	12.	21
Wegh Anton, Düsseldorf	21.	12.	21
Kellermann Michael, Bonn	23.	12.	21
Hartensels Jacob, Düsseldorf	30.	12.	21
Großherz Herm., Münster	1.	1.	22
Rung Alois, Baden-Baden	5.	1.	22
Habermann Wilhelm, Leipzig	5.	1.	22
Kraupp Wilhelm, Düsseldorf	9.	1.	22
Geinar Johann, Rottweil	2.	1.	22
Möhlamp J., Bonn	10.	1.	22
Wesselscher Karl, Würzburg	10.	1.	22
Wolendorf Theodor, Ales	13.	1.	22
Domke Bernhard, Köln	14.	1.	22
Kirchner Karl, Wolfrathshausen	14.	1.	22
Hinden Jak., Köln	14.	1.	22
Hüggen Bernhard, Essen a. d. Ruhr	15.	1.	22
Klaus Laurenz, Köln	16.	1.	22
Widmann Wilh., Würzburg	16.	1.	22
Pechner Franz, Würzburg	16.	1.	22
Heckl August, Hagen i. W.	17.	1.	22

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

H. Eichmann, Köln, Bennovalwall u.
Druckerei d. Volkswacht-Verlags, Köln, Domstr. 11